



## **NIEDERSCHRIFT**

### **6. Sitzung (IX. Wahlperiode) Hauptausschuss**

Sitzungsdatum:  
**Dienstag, 18.08.2015**

Beginn:  
**18:00 Uhr**

Sitzungsort:  
**Ratssaal, Don-Bosco-Straße 6,  
41352 Korschenbroich**

### **Tagesordnung:**

**I. Vor Beginn des öffentlichen Teils der Sitzung ist den Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt Korschenbroich Gelegenheit gegeben, Fragen sowohl mündlich als auch schriftlich an Ausschuss und Verwaltung zu richten.**

### **II. Öffentlicher Teil**

1. Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin
2. Benennung eines Mitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift
3. Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplanes für die Stadt Korschenbroich für die Jahre 2016 - 2020 IX/277
4. Vorlage des Controlling-Berichtes der Stadt Korschenbroich zum 30.06.2015 im Rahmen des Stärkungspaktes Stadtfinanzen IX/279
5. Antrag der Ratsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen zum Thema Gesamtschule IX/284
6. Mitteilungen  
Übersicht aller angenommenen Sponsoringleistungen/Spenden 2014
7. Anfragen von Ausschussmitgliedern

**III. Nichtöffentlicher Teil**

1. Vorschlag zur Bestellung eines ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten IX/278
2. Stundungen, Niederschlagung, Erlass von Geldforderungen
3. Mitteilungen  
Mitteilung über die Vergabeentscheidung gemäß § 7 Abs. 4 der Vergabeordnung der Stadt Korschenbroich  
hier: Entsorgungsdienstleistung im Stadtgebiet Korschenbroich
4. Anfragen von Ausschussmitgliedern

## Anwesenheitsliste

### 6. Sitzung des Hauptausschusses Dienstag, 18. August 2015, 18:00 Uhr

---

#### Anwesend:

##### **Ausschussvorsitzender**

Dick, Heinz Josef

##### **CDU-Ratsfraktion**

Berger, Peter  
Brieske, Reinhard  
Holzenleuchter, Peter  
Kauerz, Wolfgang  
Krappa, Gerd  
Roden, Erwin  
Siegers, Thomas  
Venten, Marc

##### **SPD-Ratsfraktion**

Fels, Peter-Josef  
Ibach, Dietmar  
Jahny, Paul  
Richter, Albert

##### **Ratsfraktion Die Aktive**

Endell, Hanns-Lothar  
Goebel, Jutta

##### **Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Andretzky, Jochen  
Houben, Wolfgang

##### **FDP-Ratsfraktion**

Gruhl, Hermann-Joseph als Vertreter für Wolf-Kluthausen, Hanne

##### **Beratendes Mitglied gemäß § 58 Abs. 1 GO NW**

Makowiack, Bernd

##### **Von der Verwaltung anwesend**

Beigeordneter Stadtkämmerer Dückers, Thomas  
Beigeordneter Onkelbach, Georg  
Stadtoberverwaltungsrat Drohen, Markus  
Amtsleiterin Messmann, Michaela  
Pressesprecherin Schirmer, Silke  
Gleichstellungsbeauftragte Brieske, Angelika  
Stadtamtmann Gorzelanczyk, Patrick  
Wehrführer Frank Baum

Der Ausschussvorsitzende Heinz Josef Dick eröffnet die 6. Sitzung des Hauptausschusses und stellt fest, dass zur Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Weiter stellt er fest, dass der Hauptausschuss beschlussfähig ist. Einwendungen werden nicht erhoben.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beschließt der Hauptausschuss auf Antrag der Ratsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen gemäß § 11 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Rates und der Ausschüsse, die Tagesordnung des öffentlichen Teils wie folgt zu erweitern:

**TOP II/ 5.: Antrag Ratsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen  
hier: Errichtung eines Teilstandortes der Gesamtschule Kaarst-Büttgen  
in Korschenbroich**

Die Nummerierung der ursprünglichen Tagesordnungspunkte ändert sich entsprechend.

**I. Vor Beginn des öffentlichen Teils der Sitzung ist den Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt Korschenbroich Gelegenheit gegeben, Fragen sowohl mündlich als auch schriftlich an Ausschuss und Verwaltung zu richten.**

**II. Öffentlicher Teil**

**1. Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin**

Zur Fertigung dieser Niederschrift wird der Stadtamtmann Patrick Gorzelanczyk einstimmig bestellt.

**2. Benennung eines Mitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift**

Als Mitglied zur Mitunterzeichnung dieser Niederschrift wird das Ausschussmitglied Wolfgang Houben einstimmig bei einer Stimmenthaltung benannt.

**3. Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplanes für die Stadt Korschenbroich für die Jahre 2016 - 2020**

Bürgermeister Heinz Josef Dick geht auf die vorliegende Sitzungsvorlage sowie den vorgelegten Entwurf des Brandschutzbedarfsplans ein. Die Bezirksregierung habe auf die Erstellung durch einen externen Experten Wert gelegt. Der vorgelegte Entwurf diene den Fraktionen als Diskussionsgrundlage. Er begrüßt Herrn Oebel von der Firma Luelf & Rinke die mit der Ausarbeitung des Brandschutzbedarfsplans für die Jahre 2016 – 2020 beauftragt war.

Herr Oebel stellt in der Folge ausführlich den Entwurf des Brandschutzbedarfsplans vor. Bürgermeister Heinz Josef Dick dankt Herrn Oebel für seine Ausführungen. Es sei deutlich geworden, dass die Freiwillige Feuerwehr in Korschenbroich hervorragend aufgestellt sei.

Das Ausschussmitglied Albert Richter (SPD) dankt Herrn Oebel ebenfalls für seine Ausführungen. Ein großer Dank gelte der Freiwilligen Feuerwehr die mit ihren ehrenamtlichen Kräften hervorragend aufgestellt sei. Er spricht zudem die folgenden Punkte an und bittet die Firma Luelf & Rinke diesbezüglich um Stellungnahme:

- Welche finanziellen Auswirkungen hätte die Versetzung von Spezialfahrzeugen wie der Drehleiter in den Bereichen Personal, Gebäude und Ausbildung?
- Welche Gesamtmitgliederzahl der Freiwilligen Feuerwehr ist erstrebenswert? Dies auch aufgeteilt auf die einzelnen Löschzüge. Diese Daten seien insbesondere für die Planung der Feuerwergerätehäuser Kleinenbroich und Pesch notwendig.
- Er sieht grundsätzlich Schwierigkeiten bei der angesprochenen Rekrutierung von städtischem Personal für die freiwillige Feuerwehr. Er äußert dabei Zweifel an der Nachhaltigkeit.
- Bezogen auf den Standort Pesch müsse die Tagesverfügbarkeit gestärkt werden. Er bittet um Ausführungen zu den Möglichkeiten eines Neubaus (Standort; Ausgestaltung des Baukörpers)
- Bezogen auf den Standort Kleinenbroich fehlen Angaben zu einem neuen Standort der Feuerwache. Zudem auch hier Angaben über die bauliche Ausgestaltung der Feuerwache. Dabei spricht er insbesondere die angeregte Verlagerung der Drehleiter nach Kleinenbroich und den damit einhergehenden Platzbedarf an.
- Für den Ortsteil Glehn sei von einer schlechten stationären Löschwasserversorgung die Rede. Er fragt nach Maßnahmen zur Verbesserung.
- Aus dem Bericht gehe hervor, dass die Freiwillige Feuerwehr für einen Teil der Autobahn 44 verantwortlich sei. Hier bittet er ebenfalls um weitere Erläuterungen.
- Auf Seite 79 des Berichts sei die Eintreffzeit tagsüber mit 8 Minuten und nachts mit 10 Minuten aufgeführt. Er bittet hierzu um Prüfung der Daten.
- Er bittet um weitere Angaben zur Praxis bei Alarmierungen. Insbesondere wieviele Einheiten parallel alarmiert werden.

Bürgermeister Heinz Josef Dick teilt bezogen auf den Standort der Feuerwache Kleinenbroich mit, dass dieser Auftrag nachträglich an die Firma vergeben worden sei. Das Ergebnis der Untersuchung werde den Fraktionen noch nachgereicht. Er empfiehlt überdies den Entwurf des Brandschutzbedarfsplans zur Beratung in die Fraktionen zu verweisen.

Herr Oebel teilt bezogen auf die Anfragen des Ausschussmitgliedes Albert Richter mit, dass die Unterlagen zum Standort Kleinenbroich kurzfristig nachgereicht würden. Die Zusammenarbeit mit anderen Städten bei Alarmierungen sei ein komplexes Thema.

Bürgermeister Heinz Josef Dick teilt mit, dass die Zusammenarbeit der Feuerwehr Korschenbroich mit denen umliegender Gemeinden sehr gut sei. So rücke der Löschzug Glehn beispielsweise auch nach Jüchen zum Nikolauskloster aus.

Der Wehrführer Frank Baum geht ebenfalls kurz auf die Thematik der Unterstützung umliegender Gemeinden ein. Grundsätzlich könnten die Wachen nicht für Einsätze in anderen Städten leer gefahren werden.

Bezogen auf die Fragen des Ausschusmitgliedes Albert Richter teilt er mit, dass bei Maximalalarm 4 Einheiten alarmiert würden. Unter anderem zur Optimierung der Tagesverfügbarkeit sei im Dezember die Alarmierungs- und Ausrückverordnung überarbeitet worden. Dies habe zu Verbesserungen geführt.

Aufgrund der Komplexität des Brandschutzbedarfsplans teilt der Wehrführer Frank Baum mit, dass die Freiwillige Feuerwehr eine Stellungnahme zum Brandschutzbedarfsplan abgeben werde und diese den Fraktionen zuleite.

Bezogen auf die Eintreffzeit teilt Herr Oebel mit, dass hier alle zeitkritischen Einsätze vom Mülleimerbrand bis zum Wohnungsbrand zusammengefasst würden.

Zu Auswirkungen durch das Versetzen von Spezialfahrzeugen wie der Drehleiter auf Gebäude, Personal und Ausbildung könne er im Detail nichts sagen. Hierfür müsse ein nachgeschalteter Auftrag vergeben werden. Grundsätzlich sei jedoch für die Bedienung der Drehleiter ein hoher Schulungsaufwand notwendig.

Bezüglich der Löschwasserversorgung in Glehn teilt er mit, dass hier die Möglichkeit bestehe mit dem Versorger in Kontakt zu treten um Verbesserungen herbeizuführen.

Grundsätzlich habe die Feuerwehr aber reagiert und nutze in Glehn entsprechende Fahrzeuge die die schlechtere Versorgung kompensieren.

Das Ausschusmitglied Marc Venten (CDU) betont, dass die Kernbotschaft des Berichts sei, dass der Brandschutz in Korschenbroich durch die sehr gut aufgestellte Freiwillige Feuerwehr gesichert sei. Er dankt allen ehrenamtlichen Kräften für ihren Einsatz. Der vorgelgte Plan sei ohne die Standortfrage Gerätehaus Kleinenbroich noch nicht beschlussreif.

Er fragt zudem, ob das Schutzziel tatsächlich von der Kommune selber festgelegt werde. Hierzu teilt Herr Oebel mit, dass die Kommunen dies grundsätzlich eigenverantwortlich festlegen. Da Korschenbroich unter der Aufsicht der Bezirksregierung stehe, sei die Stadt in ihrer Entscheidung nicht gänzlich frei.

Das Ausschusmitglied Thomas Siegers (CDU) bittet um Stellungnahme der Firma Luelf & Rinke zu folgenden Punkten:

- Nähere Angaben zur Dispositionszeit
- Tagesverfügbarkeit unter Einbeziehung freiwilliger Feuerwehrleute anderer Städte, die in Korschenbroich arbeiten
- Altersstruktur der einzelnen Einheiten, insbesondere Anzahl der Feuerwehrleute die in den kommenden 5-10 Jahren ausscheiden.
- Er teilt ferner mit, dass in der Übersicht der Objekte von besonderer brandschutztechnischer Bedeutung das Gewerbegebiet Im Hasseldam und die Waldsporthalle fehlen

Herr Oebel sagt zu, dass seine Firma die gewünschten Daten nachliefern werde.

Auf Nachfrage des Ausschussmitgliedes Hanns-Lothar Endell (Die Aktive) geht Herr Oebel auf die Bewertung der einzelnen Standorte der Feuerwehr ein.

Das Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell (die Aktive) bemängelt ferner, dass teils veraltete Daten in dem Bericht zu finden seien. Zudem hätten die Daten unterschiedliche Stände. Auch er betont die Bedeutung der Ausarbeitung zum künftigen Standort der Feuerwache Kleinenbroich.

Das Ausschussmitglied Dietmar Ibach (SPD) fragt nach, wie oft die Einheiten Liedberg und Pesch wegen Personalmangel nicht ausrücken konnten.

Der Wehrführer Frank Baum sagt zu, diese Daten nachzuliefern.

Das Ausschussmitglied Peter Holzenleuchter (CDU) hebt die Bedeutung aller 6 Standorte der Feuerwehr zur Einhaltung des Schutzziels hervor. Er fragt nach, ob der neue Standort der Feuerwache Pesch auch Bestandteil der Untersuchung war. Bürgermeister Heinz Josef Dick verneint dies. Den Standort Pesch werde die Stadt in enger Zusammenarbeit mit der Feuerwehr eruieren.

Das Ausschussmitglied Wolfgang Houben (Bündnis 90/ Die Grünen) dankt ebenfalls der Feuerwehr für die hervorragende Arbeit. Er macht folgende Anmerkungen zum Brandschutzbedarfsplan:

- Die angeregte Verlegung der Drehleiter stellt für ihn ein sensibles Thema dar. Der Löschzug Glehn betreue die Drehleiter mit sehr großem Engagement
- Zum Standort Pesch verweist er werktags auf die geringe Tagesverfügbarkeit. Er regt an, über einen gemeinsamen Neubau der Feuerwachen Kleinenbroich und Pesch an einem Standort nachzudenken. Beide Feuerwachen müssten in absehbarer Zeit neu gebaut werden. Der Bau eines Gebäudes könnte andere Gestaltungsspielräume eröffnen.
- Die Einstellung von städt. Mitarbeitern an die Bereitschaft in der Feuerwehr mitzuwirken zu knüpfen sieht er äußerst kritisch.

Das Ausschussmitglied Jutta Goebel (Die Aktive) möchte wissen, warum die Anschaffung eines Einsatzleitfahrzeuges notwendig ist obwohl bereits 2 Kommandowagen im Einsatz sind.

Ferner regt sie an, künftig Pläne in denen in unterschiedlichen Farben Markierungen gemacht sind, auch farbig an die Fraktionen zu senden. Bürgermeister Heinz Josef Dick sagt dies zu.

Auch Nachfrage von Frau Goebel teilt Bürgermeister Heinz Josef Dick mit, dass bezogen auf den Standort Pesch noch planerische Fragen zu klären seien.

Herr Oebel führt aus, dass ein Einsatzleitfahrzeug (ELF 1) einen ganz anderen Einsatztaktischen Wert habe, als ein Kommandowagen. Für eine Stadt in der Größe Korschenbroich sei eine Anschaffung sehr sinnvoll. Er geht in der Folge detailliert auf die technische Ausstattung eines ELF ein. Auch wenn bei Großschadenerscheinungen über den Kreis ein ELF 2 angefordert würde, setze dieser in der Regel einen ELF 1 vor Ort voraus.

Auf Nachfrage des Ausschussmitgliedes Albert Richter (SPD) ergänzt der Wehrführer Frank Baum, dass ein ELF nach Anschaffung in die Alarmierungs- und Ausrückeverordnung integriert würde

Das Ausschussmitglied Dietmar Ibach (SPD) äußert Unzufriedenheit über die Aussagen zum Standort Pesch und bittet diese klarer zu fassen. An einer Stelle heiße es der Standort sei nicht nötig und an anderer Stelle werde die Beibehaltung empfohlen.

Auch das Ausschussmitglied Albert Richter (SPD) erwartet detaillierte Aussagen zum Standort Pesch. Er möchte alle Punkte kennen, die für oder gegen den Standort sprechen.

Bürgermeister Heinz Josef Dick bittet die Fraktionen den Brandschutzbedarfsplan intensiv in den Fraktionen zu beraten und Anfragen schriftlich an die Verwaltung zu stellen, so dass eine Stellungnahme der Firma Luelf & Rinke eingeholt werden könne. Die Informationen zum künftigen Standort der Feuerwache Kleinenbroich würden zeitnah nachgereicht. Geplant sei ein Ratsbeschluss über den Brandschutzbedarfsplan noch in diesem Jahr.

<b>Beschluss-Nr. IX/277</b>	<b>Abstimmungsergebnis:</b> <b>18 Stimmen dafür</b> <b>0 Stimmen dagegen</b> <b>0 Stimmenthaltungen</b>
<p>Der Hauptausschuss nimmt den Brandschutzbedarfsplan zur Kenntnis und verweist ihn zur weiteren Beratung in die Fraktionen.</p> <p>Die Firma Luelf &amp; Rinke wird bezogen auf die in der heutigen Sitzung vorgebrachten Anfragen/ Anmerkungen um Stellungnahme gebeten.</p>	

#### **4. Vorlage des Controlling-Berichtes der Stadt Korschenbroich zum 30.06.2015 im Rahmen des Stärkungspaktes Stadtfinanzen**

Der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers geht ausführlich auf den vorgelegten Controlling-Bericht der Stadt Korschenbroich zum 30.06.2015 im Rahmen des Stärkungspaktes Stadtfinanzen ein.

Das Ausschussmitglied Albert Richter (SPD) bezieht sich auf Seite 9 des Berichts (Organisationsoptimierung Amt 60). Er zeigt sich unzufrieden mit der Vorgehensweise. Es sei ein Einsparpotential zu erkennen. Die Erfassung der Daten dauere jedoch laut Bericht weitere 1-2 Jahre. Dies könne er nicht nachvollziehen. Seine Fraktion habe bereits signalisiert, dass eine Erfassung auch durch externe Kräfte erfolgen könne. Es gelte die Erfassung zu beschleunigen.

Bürgermeister Heinz Josef Dick teilt hierzu mit, dass es den Fraktionen jederzeit frei stehe Einsparvorschläge zu unterbreiten. Die städt. Gebäude seien bekannt.



Das Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell (Die Aktive) dankt der Verwaltung für die Vorlage des Berichts. Er dankt auch für die klare Aussage, dass die hohe Zahl der unterzubringenden Asylbewerber nicht die Ursache für die finanziellen Probleme der Stadt Korschenbroich sei.

<b>Beschluss-Nr. IX/279</b>	
Der Hauptausschuss nimmt den Controlling-Bericht der Verwaltung zum 30.06.2015 zur Kenntnis.	

### **5. Antrag der Ratsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen zum Thema Gesamtschule**

Das Ausschussmitglied Wolfgang Houben (Bündnis 90/ Die Grünen) geht auf den Antrag seiner Fraktion ein. Sowohl der Bildungsausschuss als auch der Rat der Stadt Korschenbroich hätten sich einstimmig für die Durchführung einer Elternumfrage ausgesprochen. Bürgermeister Heinz Josef Dick interpretiere nun das Schreiben der Stadt Kaarst anders und wolle von einer Befragung absehen. Vor dem Hintergrund der Schulpflicht halte er es für essentiell, dass die Stadt Möglichkeiten schaffe, um alle Abschlüsse machen zu können.

Bürgermeister Heinz Josef Dick geht ausführlich auf die ebenfalls verteilte Sitzungsvorlage für die kommende Sitzung des Rates am 27.08.2015 ein, welche den Ratsmitgliedern am 19.08.2015 zugestellt werde. Er betont ausdrücklich, dass der Vorschlag einen Teilstandort der Gesamtschule Kaarst-Büttgen in Korschenbroich zu etablieren von ihm gekommen sei und nicht von einer Fraktion beantragt wurde. Er sei vollkommen von dieser Lösung überzeugt und strebe eine Umsetzung zum Schuljahr 2016/ 2017 an. Ziel der Verwaltung sei eine abschließende Beschlussfassung in der Sitzung des Rates am 27.10.2015. Die Verwaltung arbeite mit Hochdruck an der Umsetzung.

Er geht in der Folge auf den Ablauf der Ereignisse sowie auf die Beratung und Beschlussfassung in Korschenbroich und in Kaarst ein, um auf die derzeitige Beschlusslage hinzuweisen. Bereits Ende des Jahres 2014 sei es zu Kontakten zwischen den beiden Verwaltungsspitzen in Kaarst und Korschenbroich gekommen, um auszuloten, ob eine Gesamtschule gemeinsam geführt werden könne.

Hintergrund bei der Stadt Kaarst : Anstehende Um- bzw. Neubauten der jetzigen Schulgebäude; Hintergrund bei der Stadt Korschenbroich: Gefährdung der Hauptschule durch geringe Anmeldezahlen.

Diese Gespräche wurden im Frühjahr 2015 nach den Anmeldungen intensiviert und mündeten u.a. in ein Schulfachliches Beratungsgespräch bei der Bezirksregierung am 7.5.2015. Das Ziel der Bürgermeister der beiden Städte sei ein „Andocken“ Korschenbroichs an die bestehende Gesamtschule in Kaarst-Büttgen mit einem Teilstandort in Kleinenbroich gewesen, damit verbunden die Vergrößerung der Gesamtschule auf ein 6-zügiges System. In diesem Gespräch wurde deutlich, dass die Bezirksregierung auf einem nachvollziehbaren Nachweis des Bedarfs in der Stadt Korschenbroich bestehe, am deutlichsten erbracht durch eine Elternbefragung. Die Bezirksregierung stehe einer mindestens 6-zügig geführten Gesamtschule mit einer vertikalen Gliederung und dem Teilstandort Kleinenbroich positiv ge-

genüber. Sie erwarte die Vorlage der Anträge bis Mitte Oktober/Anfang November, um die Errichtung des Teilstandortes zum Schuljahr 2016/17 genehmigen zu können. Die Verwaltungen der beiden Städte Kaarst und Korschenbroich vereinbarten ein zeitnah abgestimmtes Vorgehen, um termingerecht die Anträge der Bezirksregierung vorlegen zu können. In der Stadt Korschenbroich seien der Bildungsausschuss und der Rat am 16.06.2015, bzw. am 23.06.2015 der Verwaltungsvorlage gefolgt und hätten folgenden Beschluss gefasst:

*Der Rat beschließt auf Empfehlung des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport, die Verwaltung damit zu beauftragen, die zur Errichtung eines Teilstandortes der Gesamtschule Kaarst-Büttgen in Korschenbroich ab dem Schuljahr 2016/2017 notwendigen Verfahrensschritte - hier die Befragung der Eltern entsprechend des von der Bezirksregierung genehmigten Fragebogens – einzuleiten*

In der Stadt Kaarst habe die Verwaltung in der Schulausschusssitzung vom 24.6.2015 als Beschlussempfehlung vorgelegt:

1. *Die Städtische Gesamtschule Kaarst-Büttgen wird am Standort Hubertusstraße weiterhin vierzünftig geführt.*
2. *Die Planungen zur baulichen Qualifizierung der vierzügigen Städtischen Gesamtschule Kaarst-Büttgen am Standort Hubertusstraße berücksichtigt eine Erweiterungsoption auf sechs Züge.*
3. *Die Planung der Verwaltung der Städtischen Gesamtschule Kaarst-Büttgen wird unmittelbar für sechs Züge ausgelegt.*
4. *Der Stadtrat begrüßt die Absicht der Stadt Korschenbroich, eine Elternbefragung zur Schulwahl bei weiterführenden Schulen durchzuführen. Ergibt die Umfrage der Stadt Korschenbroich eine Nachfrage von 50 Plätzen an einer Gesamtschuldependance der Städtischen Gesamtschule Kaarst-Büttgen, wird eine vertikale Dependancelösung durch die Stadt Kaarst zum Schuljahr 2016/17 angestrebt.*
5. *Die Verwaltung wird beauftragt, mit der Schulleitung und der Schulkonferenz der Städtischen Gesamtschule Kaarst-Büttgen die mögliche Ausgestaltung einer Dependance zum Schuljahr 2016/217 zu erörtern.*
6. *Die Verwaltung wird beauftragt, sofern die Voraussetzungen zur Errichtung eines Teilstandortes der Städt. Gesamtschule Kaarst-Büttgen am Standort der Städt. Gemeinschaftshauptschule Korschenbroich durch die Stadt Korschenbroich erfüllt sind, eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung eines Teilstandortes der Gesamtschule Kaarst-Büttgen in Korschenbroich vorzubereiten.*

Dieser Beschlussempfehlung sei der Schulausschuss bzw. der Rat der Stadt Kaarst am 25.6.2015 nicht gefolgt.

Stattdessen habe er mit 26 gegen 23 Stimmen beschlossen:

1. *Der Rat der Stadt Kaarst begrüßt die Vielfalt der weiterführenden Schulen der Stadt Kaarst mit der Realschule, einer Gesamtschule und zwei Gymnasien und spricht sich für deren Erhalt und Weiterentwicklung aus.*
2. *Eine Verbandslösung mit Meerbusch zur Gründung einer vierzügigen Gesamtschule wird nicht weiter verfolgt. Hiervon setzt die Verwaltung die Bezirksregierung in Kenntnis.*
3. *Der Rat der Stadt Kaarst beauftragt die Verwaltung die jetzige, vierzügige Gesamtschule zu renovieren bzw. neu zu errichten, mit der Bauoption auf eine Erweiterung auf eine Fünfzügigkeit, wenn die Zahl der Anmeldungen eine solche erfordert und die weiteren Voraussetzungen vorliegen. Die Verwaltung der Gesamtschule soll am Standort Büttgen sechszünftig geplant und realisiert werden.*

4. *Der Standort der Oberstufe der Gesamtschule kommt an den Standort Kaarst-Büttgen.*
5. *Die Entscheidung über eine Kooperation mit der Stadt Korschenbroich wird nach der Vorlage des Ergebnisses der Elternbefragung getroffen.*

Mit Punkt 5 des Beschlusses des Rates der Stadt Kaarst werde deutlich, dass der klare Wille des Rates der Stadt Kaarst fehle, ein solches Schulmodell mittragen zu wollen.

Die Verwaltung der Stadt Korschenbroich gehe davon aus, dass es bei einer Elternbefragung die erforderlichen 50 Votes für die Gesamtschule geben werde. Da jedoch beim Träger der angebotenen Gesamtschule keine Entscheidung für diese Dependance getroffen wurde, fehle eine wichtige Basis für diese Befragung der Eltern.

Um den Eltern die notwendige Sicherheit geben zu können, habe er seinen Kollegen Moormann in Kaarst gebeten, in der nächsten Sitzung des Rates der Stadt Kaarst am 27.08.2015 eine positive Haltung zur Dependance-Lösung herbeizuführen.

Er betont, dass er bereits im Rahmen der Sitzung des Bildungsausschusses am 16.06.2015 auf Nachfrage des Ausschussmitgliedes Dietmar Ibach (SPD) mitgeteilt habe, dass eine Elternbefragung ohne ein positives Votum der Stadt Kaarst als Schulträger nicht zielführend sei.

Er rät daher eindringlich davon ab, eine Befragung der Eltern ohne ein klares Votum für eine Dependance Lösung der Stadt Kaarst durchzuführen.

Die Verwaltung der Stadt Korschenbroich sei vorbereitet, unverzüglich die Elternbefragung und andere notwendige Verfahrensschritte durchzuführen, sofern sich der Rat der Stadt Kaarst am 27.08.2015 für eine Dependance Lösung ausspricht. So könne am 27.10.2015 ein abschließender Ratsbeschluss in Korschenbroich gefasst werden.

Eine termingerechte Antragsstellung setze allerdings voraus, dass die Stadt Kaarst in der gleichen Zeitspanne ihre Verfahrensschritte durchführe. Der Zeitrahmen für die Errichtung des Teilstandortes zum Schuljahr 2016/ 2017 sei sehr eng gestrickt. Er weist darauf hin, dass sich beispielsweise die zu gründenden Schulkonferenzen beider Städte mit der Thematik auseinandersetzen müssten.

Das Ausschussmitglied Wolfgang Houben (Bündnis 90/ Die Grünen) stimmt Bürgermeister Heinz Josef Dick in weiten Teilen seiner Ausführungen zu, nicht jedoch in der Schlussfolgerung aus dem Beschluss des Rates der Stadt Kaarst. Der Rat der Stadt Kaarst habe sich nicht gegen einen Teilstandort in Korschenbroich ausgesprochen sondern erwarte nur zuvor das Ergebnis der Elternbefragung. Diese gelte es nun wie beschlossen durchzuführen.

Bürgermeister Heinz Josef Dick sieht in dem Beschluss der Stadt Kaarst eine wohl formulierte Absage. Er empfiehlt die Sitzung des Rates der Stadt Kaarst am 27.08.2015 abzuwarten. Er hoffe, dass sich der Rat der Stadt Kaarst kommende Woche klar positioniere. Seitens der Verwaltung sei alles vorbereitet, um dann unverzüglich die Elternbefragung zu starten. Grundsätzlich könne die Befragung auch morgen gestartet werden. Er weist jedoch darauf hin, dass es fatal wäre, die Befragung zu starten und etwa eine Woche später möglicherweise eine ablehnende Haltung des Rates der Stadt Kaarst kommunizieren zu müssen.

Das Ausschussmitglied Marc Venten (CDU) betont, dass es das klare Ziel von Rat und Verwaltung der Stadt Korschenbroich sei eine Dependance-Lösung herbeizuführen. Es sei bedauerlich, dass sich der Rat der Stadt Kaarst nicht für diese Lösung ausgesprochen habe.

Da sich der Rat der Stadt Kaarst jedoch nicht gegen die Lösung ausgesprochen habe, sei seine Fraktion dennoch für die Durchführung einer Elternbefragung. In das Anschreiben an die Eltern solle jedoch der Hinweis aufgenommen werden, dass aufgrund der unklaren Haltung der Stadt Kaarst eine Umsetzung zum Schuljahr 2016/ 2017 nicht gesichert ist.

Das beratende Ausschussmitglied Bernd Makowiack (ULLi/ Zentrum) schließt sich grundsätzlich der vorgebrachten Haltung von Bürgermeister Heinz Josef Dick an. Auch er möchte den Teilstandort der Gesamtschule Kaarst-Büttgen in Korschenbroich zum Schuljahr 2016/ 2017 umsetzen, sieht jedoch in dem Beschluss des Rates der Stadt Kaarst eher eine ablehnende Haltung hierzu.

Das Ausschussmitglied Albert Richter (SPD) hebt die bislang stets gute Zusammenarbeit insbesondere im Bildungsbereich mit der Stadt Kaarst hervor. Zudem betont er die Bedeutung von interkommunaler Zusammenarbeit. Daher sei die Beschlussfassung durch den Rat der Stadt Kaarst ohne ein klares Bekenntnis zu einer Dependance Lösung bedauerlich. Die Stadt Kaarst habe dies jedoch auch nicht gänzlich abgelehnt. Seine Fraktion spreche sich für eine Elternbefragung aus. Es müsse klar erkennbar werden, dass Rat und Verwaltung der Stadt Korschenbroich eine Dependance Lösung zum Schuljahr 2016/ 2017 umsetzen wollen. Sofern der Elternwille dies bekräftige, müsse der Rat der Stadt Kaarst eine Entscheidung treffen.

Das Ausschussmitglied Jochen Andretzky (Bündnis 90/ Die Grünen) betont, dass sich die Stadt Kaarst nicht gegen die Dependance Lösung ausgesprochen habe. Daher solle nun zügig, wie beschlossen, die Elternbefragung gestartet werden. Er fragt nach, ob sich die Terminplanung zur Errichtung des Teilstandortes zum Schuljahr 2016/ 2017 einhalten lasse, sofern die Sitzung des Rates der Stadt Kaarst am 27.08.2015 abgewartet werde. Bürgermeister Heinz Josef Dick und Amtsleiterin Michaela Messmann bejahen dies.

Das Ausschussmitglied Paul Jahny (SPD) hält es für sinnvoll die Beratung durch den Rat der Stadt Kaarst am 27.08.2015 abzuwarten. Sollte sich der Rat zu einer Dependance Lösung bekennen, könnte die Befragung am 28.08.2015 starten. Dann solle ein positiv gehaltenes Begleitschreiben an die Eltern beigelegt werden, aus dem klar wird, dass die Errichtung der Gesamtschule vom Elternwillen in Korschenbroich abhängig ist. Sollte sich der Rat der Stadt Kaarst nicht eindeutig für die Dependance Lösung aussprechen, sie jedoch auch nicht klar ablehnen, sollte die Befragung dennoch durchgeführt werden. Dann jedoch mit dem klaren Hinweis, dass aufgrund der unklaren Haltung der Stadt Kaarst eine Umsetzung zum Schuljahr 2016/ 2017 nicht gesichert ist. Sollte sich der Rat der Stadt Kaarst gegen die Dependance Lösung aussprechen, so könne zum derzeitigen Zeitpunkt von einer Elternbefragung abgesehen werden.

Vertreter aller Fraktionen sprechen sich für diesen Vorschlag aus.

Bürgermeister Heinz Josef Dick sollte zudem Herrn Moormann umgehend über den gefassten Beschluss informieren.

<b>Beschluss-Nr. IX/284</b>	<b>Abstimmungsergebnis:</b> <b>18 Stimmen dafür</b> <b>0 Stimmen dagegen</b> <b>0 Stimmenthaltungen</b>
<p>Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich spricht sich einstimmig für die Errichtung eines Teilstandortes der Gesamtschule Kaarst-Büttgen in Korschenbroich zum Schuljahr 2016/ 2017 aus.</p> <p>Ferner fasst der Hauptausschuss, vorbehaltlich der Beschlussfassung durch den Rat der Stadt Kaarst am 27.08.2015 in der gleichen Thematik, einstimmig die folgenden Beschlüsse:</p> <ul style="list-style-type: none"><li>a) Falls der Rat der Stadt Kaarst sich grundsätzlich für eine Dependance-Lösung der Gesamtschule ausspricht, wird die Verwaltung beauftragt, parallel zur Elternbefragung eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung eines Teilstandortes der Gesamtschule Kaarst-Büttgen in Kleinenbroich mit der Stadt Kaarst vorzubereiten. Zudem startet die Stadt Korschenbroich die Elternbefragung am 28.08.2015 mit einem Begleitschreiben an die Eltern aus der die Zustimmung der Stadt Kaarst hervorgeht.</li><li>b) Falls sich der Rat der Stadt Kaarst in seiner Sitzung am 27.08.2015 nicht mit der Thematik befasst oder kein klares Bekenntnis für oder gegen eine Dependance-Lösung der Gesamtschule ausspricht, so startet die Stadt Korschenbroich am 28.08.2015 mit der Elternbefragung. In einem Begleitschreiben an die Eltern wird in diesem Fall darauf hingewiesen, dass sich die Stadt Kaarst als Schulträger nicht eindeutig für eine Dependance-Lösung der Gesamtschule ausgesprochen hat und daher eine vertikale Dependancelösung zum Schuljahr 2016/ 2017 auch bei entsprechender Nachfrage aus Korschenbroich (50 Plätze) nicht sichergestellt ist.</li><li>c) Falls sich der Rat der Stadt Kaarst in seiner Sitzung am 27.08.2015 gegen die Dependance-Lösung der Gesamtschule ausspricht, wird von den notwendigen Verfahrensschritten zu einer Errichtung eines Teilstandortes der Gesamtschule Kaarst-Büttgen in Korschenbroich ab dem Schuljahr 2016/17 – hier die Befragung der Eltern – zum jetzigen Zeitpunkt Abstand genommen. Die Verwaltung wird beauftragt, zu diesem Thema weiter den Kontakt mit der Stadt Kaarst zu suchen.</li></ul> <p>Bürgermeister Heinz Josef Dick wird beauftragt, den Bürgermeister der Stadt Kaarst umgehend über den Beschluss des Hauptausschusses der Stadt Korschenbroich zu unterrichten.</p>	

## 6. Mitteilungen

### Übersicht aller angenommenen Sponsoringleistungen/Spenden 2014

- a) Der Beigeordnete Georg Onkelbach bezieht sich auf den Antrag der Sportfreunde Neersbroich auf Herausnahme des Platzgeländes aus dem Landschaftsschutzgebiet

Neersbroicher Busch. Wie besprochen habe man diesen Antrag zur Prüfung an den Rhein-Kreis Neuss weitergeleitet. Die Antwort des Landrats liege nunmehr vor. Anstelle der Herausnahme der Fläche aus dem Landschaftsschutzgebiet werde die Einfügung einer Unberührtheitsklausel empfohlen. Die Thematik werde im Rahmen der kommenden Ratssitzung am 27.08.2015 behandelt.

- b) Stadtoberverwaltungsrat Markus Drohen geht auf die Übersicht aller angenommenen Sponsoringleistungen/Spenden mit einem Wert von mehr als 500,00 € vom 01.01.-31.12.2014 ein:

<b>Name des Sponsors/Spenders</b>	<b>Höhe des Geldbetrages oder Bezeichnung der Sach- oder Dienstleistung mit Angabe des vollen Wertes</b>	<b>Hinweis zur Verwendung</b>
<b>REWE Korschenbroich Herrn Thomas Hannen Mühlenstr. 56a 41352 Korschenbroich</b>	<b>1.000,00 EUR</b>	<b>Kultursponsoring</b>
<b>Werner-Eicker-Stiftung Anna-Maria Eicker-Bix</b>	<b>5.000,00 EUR</b>	<b>AFB            2.500,00 EUR</b> <b>9 Kitas        2.500,00 EUR</b>
<b>NEW Mönchengladbach Odenkirchener Str. 201 41236 Mönchengladbach</b>	<b>1.000,00 EUR</b>	<b>10 Kitas à 100,00 EUR</b>
<b>dm-Drogerie markt GmbH Filiale Kleinenbroich Holzkamp 6 41352 Korschenbroich</b>	<b>5.000,00 EUR</b>	<b>Städt. Integratives FamilienZentrum Josef-Thory-Straße</b>
<b>WSW GmbH &amp; Co. Wind- park Korschenbroich-Süd KG Benjamin u. Werner Heep Am Prinzenwäldchen 6 53840 Troisdorf</b>	<b>10.000,- €</b>	<b>Ökosponsoring (Obstwiese Bendstraße)</b>

- c) Bürgermeister Heinz Josef Dick geht auf die aktuelle Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern im Stadtgebiet ein. Nach aktuellen Schätzungen müsse davon ausgegangen werden, dass in Korschenbroich Ende des Jahres über 500 Asylbewerber untergebracht werden müssen. Die Ersteinrichtungen des Landes seien überfüllt, so dass es in umliegenden Gemeinden wie Dormagen zu kurzfristigen Unter-

bringungen (innerhalb von 8 Stunden) von 150 Asylbewerbern gekommen sei.

Der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers ergänzt, dass aktuell 379 Personen untergebracht seien. Derzeit habe man noch Platz für 20 Personen. Im Hallenbad seien nun 8 Einzelpersonen untergebracht. Weitere Einrichtungen würden wie besprochen im Bereich Weißer Weg und Schiefbahner Straße geschaffen. Für den Bereich Weißer Weg sei eine erste Lieferung für Anfang Oktober avisiert.

Neben der Bereitstellung von Unterkünften müsse auch die personelle Betreuung der Asylbewerber sichergestellt sein. Hier erarbeite die Verwaltung derzeit einen Vorschlag für die künftige Ausrichtung.

Auf Nachfrage des Ausschussmitgliedes Erwin Roden (CDU) teilt der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers mit, dass es bezüglich der Erstattung der Kosten für die Unterbringung durch den Bund noch keine abschließende Lösung gebe.

Auf Nachfrage des Ausschussmitgliedes Gerd Krappa (CDU) teilt Bürgermeister Heinz Josef Dick mit, dass die Beschlagnahmung von Wohnraum die ultima ratio darstelle.

Auf Nachfrage des Ausschussmitgliedes Wolfgang Houben (Bündnis 90/ Die Grünen) teilt der Beigeordnete Georg Onkelbach mit, dass sich die Verwaltung mit potentiellen Standorten für Übergangsheime im Ortsteil Glehn befasse. Die Suche sei jedoch noch nicht finalisiert.

- d) Amtsleiterin Michaela Messmann geht auf das Thema Inklusion ein. Für das Schuljahr 2014/ 2015 habe die Stadt Korschenbroich einen Belastungsausgleich für kommunale Aufwendungen für Sachkosten (Korb I) in Höhe von 41.833,61 € erhalten. Die Mittel aus der Inklusionspauschale (Korb II) für das nicht lehrende Personal wurden an den Rhein-Kreis Neuss ausgezahlt, da die Stadt Korschenbroich über kein eigenes Jugendamt verfüge. Für 2 Grundschulen wurden bereits „Non-verbale Intelligenztests“ angeschafft (Kosten 3.985,00 €). Für die Verwendung der weiteren Mittel wurden von den Schulen inzwischen Ansprechpartner benannt. Diese melden nun die vor Ort notwendigen Investitionen an. So soll eine praxisnahe Mittelverwendung sichergestellt werden. Die gemeldeten Maßnahmen würden dann nach den Herbstferien priorisiert und umgesetzt.
- e) Der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers bezieht sich auf den Entwurf des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes. Demnach würde die Stadt Korschenbroich Mittel in Höhe von 78.500,00 € erhalten. Da ein Eigenanteil von 10% durch die Kommune zu erbringen ist würden so insgesamt Investitionen in Höhe von 85.700 € getätigt. Nach Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens würden Vorschläge zur Mittelverwendung seitens der Verwaltung eingebracht.

- f) Bürgermeister Heinz Josef Dick weist darauf hin, dass vor der Sitzung des Betriebsausschusses am 20.08.2015 um 16.30 Uhr ein Ortstermin zur Besichtigung der Immobilie Wankelstraße 21 stattfindet (Treffpunkt Eingang Sozialtrakt).

## **7. Anfragen von Ausschussmitgliedern**

- a) Das Ausschussmitglied Albert Richter (SPD) fragt nach dem aktuellen Stand der Nachfragebündelung der Deutschen Glasfaser. Zudem möchte er wissen, wie die Werte gesteigert werden können.

Bürgermeister Heinz Josef Dick führt aus, dass er keine Werbung für ein privates Unternehmen machen könne. Er betont jedoch die Bedeutung einer schnellen Internetanbindung. Die Technik mit Glasfaserleitungen bis ins Haus, wie sie die Deutsche Glasfaser anbiete, sei dabei aktuell die technisch beste Lösung.

Parallel baue auch die Telekom ihr Netz mit der so genannten Vectoring Technik weiter aus. Hier führe er ebenfalls aktuell Gespräche.

*(Anm. der Verwaltung: Die Ortsteile Drölsholz, Epsendorf und Steinforth-Rubbelrath liegen über der geforderten Nachfragebündelung von 40 %. Die übrigen Ortsteile nicht. Glehn verfehlt die geforderten 40% deutlich.)*

- b) Das Ausschussmitglied Bernd Makowiack (ULLi/ Zentrum) weist auf Straßenaufbrüche der Firma Unitymedia im Bereich Am Stepprather Hof 36 hin. Diese seien nicht wieder ordnungsgemäß geschlossen worden. Er bittet die Verwaltung hier tätig zu werden.